

## **Europawahl 2014, Engagementpolitik und Zivilgesellschaft**

Angefangen hat meine persönliche politische Geschichte mitten in der zivilgesellschaftlichen Bewegung. Seit Ende der 70er Jahre bin ich aktiv in der Anti-Atombewegung. Mein Herz hängt besonders an der Bürgerinitiative gegen das atomare Endlager Gorleben bei mir zu Hause im niedersächsischen Wendland. Dort liegen meine Wurzeln. Erst nach langen Jahren in der Bewegung bin ich 1994 zum ersten Mal in ein Parlament, damals in den niedersächsischen Landtag, gewählt worden.

Dort habe ich auch erfahren, dass dieses Engagement Politik verändern und Erfolg haben kann. Der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ist sicherlich den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima geschuldet, aber er ist auch ein Verdienst all derer, die jahrzehntelang auf die Gefahren dieser Technologie hingewiesen und für den Ausstieg gekämpft haben. Auch wir Grüne konnten immer dann wirklich erfolgreich Veränderungen vorantreiben, wenn sie von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen wurden oder zumindest eine gesellschaftliche Unterstützung genossen, die weit über das grüne Wählerpotenzial hinaus gingen. Dafür ist der Atomausstieg ein Beispiel, aber auch der Widerstand gegen genveränderte Lebensmittel in der EU.

Bis heute sind mir meine Verbindungen in die Zivilgesellschaft wichtig und für meine Arbeit in Brüssel unersetzlich. Das Gesetze-Machen auf europäischer Ebene wäre ohne eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen überhaupt nicht möglich. Egal ob beim EU-weiten Atomausstieg, im Engagement gegen das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen oder beim Streit um eine ehrgeizige und nachhaltige Energie- und Klimapolitik – wir sind in ständigem Kontakt mit denen, die außerhalb von politischen Strukturen für unsere gemeinsamen Ziele kämpfen.

Dass dieses Zusammenspiel funktioniert, zeigen Erfolge aus den vergangenen fünf Jahren: Erst durch die massiven Proteste, die in Polen begannen und sich über mehrere EU-Mitgliedsländer verbreiteten, stieg im Europäischen Parlament 2011/2012 die Aufmerksamkeit für und die Skepsis gegen das multilaterale Anti-Piraterie-Abkommen

ACTA, das die Freiheit der Internet-Nutzer erheblich eingeschränkt hätte. Ohne den Druck aus der Bevölkerung wäre das Abkommen vermutlich im EU-Parlament durchgewunken worden. Wir Grüne haben die Argumente aus der Bewegung ins Parlament getragen und uns sehr über die deutliche Ablehnung über die Fraktionen hinweg gefreut. Es war das erste Mal, das sich das Europäische Parlament überhaupt gegen ein bereits verhandeltes und von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten zunächst gewolltes Abkommen ausgesprochen hat.

Ein weiteres gutes Beispiel für den Einfluss der Zivilgesellschaft ist die europäische Bürgerinitiative gegen die von der EU-Kommission geplante Privatisierung der Wasserversorgung aus dem vergangenen Jahr. Knapp zwei Millionen Menschen aus mehreren EU-Ländern haben gegen die Pläne der Brüsseler Behörde mit ihrer Unterschrift protestiert und damit die Richtlinie in ihrer Ursprungsform zunächst gestoppt. Die Europäische Bürgerinitiative gibt es erst seit dem Vertrag von Lissabon und bietet Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Möglichkeit zur Einflussnahme: Bringen mindestens eine Million Menschen aus wenigstens sieben EU-Ländern ein Anliegen vor, ist die EU-Kommission gezwungen, sich damit auch zu beschäftigen.

Trotzdem: Wir brauchen noch mehr Möglichkeiten für direkte Bürgerbeteiligung am politischen Prozess in der Europäischen Union. Die Bürgerinitiative ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen nun dafür sorgen, dass die Europäische Kommission solche Initiativen auch ernst nimmt und nicht – wie jetzt beim Wasser – versucht, die von den Bürgerinnen und Bürgern geforderten Gesetzesänderungen auf die lange Bank zu schieben. Die Bürgerinitiative sollte außerdem weiter entwickelt werden, sodass Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen Entscheidungen auf europäischer Ebene direkt und strukturiert mitreden können.

Wir werden in den kommenden Monaten sehen, wie sich die Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA entwickeln. Wir Grüne standen dem Abkommen von Anfang an skeptisch gegenüber und haben in und außerhalb des Parlaments davor gewarnt, dass solch ein Abkommen unsere guten Standards etwas im Umwelt- und Verbraucherschutz schwächen wird. Auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz Anfang Februar haben wir uns dann mit einer großen Mehrheit für den Stopp der Verhandlungen ausgesprochen.

Gleichzeitig wächst in der Zivilgesellschaft der Widerstand gegen ein solches Abkommen. Es wurden bereits Millionen Unterschriften dagegen gesammelt. Und dieser Protest zeigt erste

Wirkung. Die umstrittenen Schiedsgerichte, die Unternehmen die Möglichkeit gegeben hätten, gegen europäische Gesetze zu klagen und sie gegebenenfalls auszuhebeln, sind vorerst aus den Verhandlungen gestrichen worden. Und auch sonst scheinen die Verhandlungsführer der Europäischen Union rund um den Handelskommissar Karel de Gucht vorsichtiger geworden zu sein. Die bedingungslose Euphorie, die noch vor einigen Monaten geherrscht hat, scheint verfliegen.

Wir müssen weiterhin den Prozess genau beobachten – im EU-Parlament, aber eben auch in der Zivilgesellschaft, um zu verhindern, dass unsere europäischen Errungenschaften einfach wegverhandelt werden. Das geht nur gemeinsam.

Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wäre die Europäische Union ein leeres politisches Konstrukt. Gerade jetzt in der Krise haben viele Menschen das Vertrauen in die europäischen Institutionen verloren. Auch ich spüre in meiner Arbeit den Graben zwischen uns Politikern in Brüssel und den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedsländern.

Die europäische Idee kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie gelebt wird.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben von uns EU-Politikern, den Austausch zwischen den Ländern und das Engagement für Europa zu fördern.

Leider sieht der europäische Haushalt anders aus. In ihrer Sparwut haben die 28 Staats- und Regierungschefs auch dort gekürzt, wo Europa lebendig wird – zum Beispiel beim EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

Wir Grüne wollen bei der Überprüfung des Haushalts in zwei Jahren dafür sorgen, dass das Programm so ausgebaut wird, dass Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, grenzüberschreitende Europaregionen und andere Projekte ausreichend gefördert werden können. Wir wünschen uns außerdem ein „Europäisches Jahr für alle“, um die Zivilgesellschaft in der EU zusätzlich zu stärken. Ähnlich wie dem freiwilligen sozialen Jahr in Deutschland soll es Freiwilligen jeden Alters offen sein, von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und mit öffentlichen Mitteln grundfinanziert werden. Durch solche Programme kann eine europäische Bürgergesellschaft entstehen, die wir dringend brauchen.

Besonders wichtig dabei ist der Austausch zwischen jungen Menschen. Für Austauschprogramme, Training zu sozialen und demokratischen Rechten sowie für europäische Freiwilligen- und zivilgesellschaftliche Aktivitäten muss genug Geld im EU-

Haushalt da sein. Wir wollen auch hier den Kontakt zwischen der Politik in Brüssel und den jungen Leuten zu Hause stärken. Wir wollen eine strukturierte Einbindung von Jugendorganisationen im europäischen Politikprozess.

ein erster Schritt in diese Richtung ist der geplante Jugendkonvent Anfang Mai in Straßburg, bei dem junge Menschen Vorschläge über die Zukunft Europas erarbeiten, die dann in den europäischen Konvent einfließen sollten. Auch an diesem Konvent sollten direkt junge Menschen teilnehmen können.

Bei der anstehenden Europawahl wird eine große Herausforderung sein, den europaskeptischen und rechtspopulistischen Parteien zu begegnen. In vielen Ländern der Europäischen Union haben sie Zulauf – nicht zuletzt auch, weil viele Menschen von den traditionellen Parteien in der Krise enttäuscht worden sind. Dieses Vertrauen zurück zu gewinnen, ist die Aufgabe von uns Politikern.

Gleichzeitig können wir Rechtspopulismus und in einigen Ländern auch Rechtsextremismus nur mit Unterstützung der Zivilgesellschaft begegnen. Mehr als das Verbot einer Partei bewirkt die Förderung von Projekten, die Präventionsarbeit leisten oder Aussteigerinnen und Aussteigern eine Chance für einen Neuanfang bieten. Dafür müssen auch zukünftig ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Dafür werden wir Grüne uns in der nächsten Legislaturperiode weiter einsetzen.

Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement sind der Nährboden für die europäische Idee. Immer wieder waren es die Menschen, die die europäische Einigung vorangetrieben haben – wie zuletzt 1989 mit den friedlichen Protesten, die zum Fall der Mauer und schließlich auch zur EU-Ost-Erweiterung geführt haben. Den zehnjährigen Geburtstag dieser Erfolgsgeschichte können wir in diesem Jahr am 1. Mai feiern.

Die vielen mutigen Menschen in Kiew und überall sonst in der Ukraine haben uns gerade wieder vor Augen geführt, wie stark Bürgerbewegung sein kann: Engagierte, mutige Menschen haben sich monatelang auf dem Maidan für unsere gemeinsamen europäischen Werte eingesetzt – trotz Kälte, trotz Angriffen durch Polizei und Schlägertrupps, die einige mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Auch wenn der Konflikt noch nicht gelöst, die Ukraine den Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat noch nicht zu Ende gegangen ist; ist der Euromaidan die wohl größte und stärkste Bürgerbewegung seit 1989. Sie steht für Freiheit und Demokratie. Für diese Werte

lohnt es sich weiterhin zu kämpfen – im Europäischen Parlament und überall in der Europäischen Union.

**Rebecca Harms** ist seit 2009 Vorsitzende der Fraktion die Grünen/EFA im Europäischen Parlament und damit Mitglied der Konferenz der Präsidenten. Sie ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und im Ausschuss für Fischerei. Die Themen, mit denen sie sich beschäftigt, sind Energiepolitik, -forschung, Atompolitik, Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Fischereipolitik. Zudem ist sie Mitglied der Delegation im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Ukraine.



**The Greens | European Free Alliance**  
in the European Parliament

**Kontakt:** [rebecca.harms@europarl.europa.eu](mailto:rebecca.harms@europarl.europa.eu)

**Weitere Informationen:** [www.rebecca-harms.de](http://www.rebecca-harms.de)